



NEWSLETTER BERLIN



ULRICH KELBER BONNS BUNDESTAGSABGEORDNETER

Ausgabe 15/2003 68. gesamt

12.09.2003

Es geht auf die Zielgerade ...

Seit dem 14. März sind die Reformgesetze in tausenden Nachrichtensendungen, Talkshows und Zeitungsartikeln vorwärts und rückwärts durchgekauert worden. Oft konnte man den Eindruck bekommen, es gehe nur um Ankündigungen. Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Bundesbürger gar keine Umsetzung der Reformen erwartet, Parlament und Regierung für „reformunfähig“ hält.

Dabei wurde auch während der Sommerpause emsig gearbeitet. Ab der nächsten Sitzungswoche (22.09.-26.09.2003) geht

es auf die Zielgerade. Die ersten Reformgesetze stehen zur Verabschiedung an. Jetzt muss die Politik, insbesondere die Opposition, Farbe bekennen.

Ganz konkret stehen in der nächsten Woche die namentlichen Schlussabstimmungen zur Gesundheitsreform, zur Flexibilisierung des Kündigungsschutzes und zur Bezugsdauer des Arbeitslosengelds an.

Ich werde bei allen namentlichen Abstimmungen mit „Ja“ stimmen. Die Reformen sind Be-

standteil einer wichtigen Agenda, um den beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland zu beschleunigen. Davon bleibt meine Kritik am Kompromiss zur Gesundheitsreform unberührt. CDU/CSU haben dort wichtige Struktur-reformen verhindert, die im Gesetzesentwurf der SPD enthalten waren. Dennoch sind die im Kompromiss enthaltenen Einsparungen notwendig, um den finanziellen Kollaps des deutschen Gesundheitssystems zu verhindern.



Themen in dieser Ausgabe:

- Agenda 2010 auf dem Weg
- Gesundheitsreform
- Gemeindefinanzreform

In dieser Woche vorgestellt:

Ein Interview von mir zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das in der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift „Neue Energie“ unter der Überschrift „Wir machen mit dem EEG Industriepolitik“ erschienen ist.

Gemeinsam mit dem Kollegen Marco Bülow ein Eckpunktepapier zur „Energiepolitik aus umweltpolitischer Sicht“

Beide Papiere können auf der Homepage

www.kelber.de

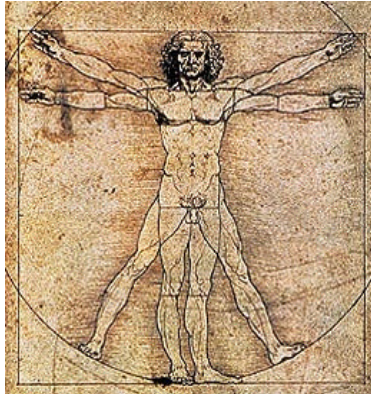
heruntergeladen werden oder im Wahlkreisbüro bestellt werden.

Für eine Bürgerversicherung im Gesundheitswesen

Die Gesundheitsreform ist eines der dringlichsten Themen der deutschen Politik. Ende September soll der Bundestag den von SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam erarbeiteten Kompromissentwurf verabschieden. Der Bundesrat wird voraussichtlich Mitte Oktober der Reform zustimmen.

Derzeit mehren sich vor allem aus den Koalitionsfraktionen die Stimmen, die ergänzend zu dem Gesetz nach wirklichen Struktur reformen des Gesundheitssystems verlangen. Die von der Bundesregierung eingesetzte Rürup-Kommission hat vor allem die so genannte Kopfpauschale und die so genannte Bürgerversicherung diskutiert. Die Kopfpauschale würde die Beiträge zu den Krankenkassen völlig von den Löhnen der Arbeitnehmer abkoppeln. Jeder Bürger müsste einen bestimmten Satz von

rund 200 Euro pro Monat bezahlen. Der Staat würde diejenigen Bürger unterstützen, die sich das nicht



leisten könnten. Mitversichert wären nur noch Kinder, nicht aber wie bislang die Ehepartner der Versicherten.

Viele Abgeordnete der Bündnisgrünen und der SPD, darunter auch ich, verlangen dagegen nach der so genannten Bürgerversicherung. In diese Versicherung würden alle einzahlen. Außerdem sollen

alle Einkommensarten, also auch Zinsen oder Mieten, mit in die Berechnung einbezogen werden. Die Bürgerversicherung würde bedeuten, dass nicht mehr wie bislang zwischen Gesetzlicher und Privater Krankenkasse unterschieden würde. Die Beitragsbemessungsgrenze, ab der ein Wechsel zur Privaten Krankenkasse möglich ist, fiel entweder weg oder würde deutlich erhöht. Das „Netzwerk Berlin“ von SPD-Bundestagsabgeordneten, dem auch ich angehöre, fordert die Bürgerversicherung, damit solidarische Basis der Krankenversicherung erweitert und stabilisiert werden kann. Da viel mehr Beitragszahler gesetzlich versichert wären, könnten die Beiträge zu den Krankenkassen, die heute im Durchschnitt bei 14,3 Prozent liegen, deutlich fallen.

SPD-Fraktion will Gemeindefinanzreform verändern

Die SPD-Bundestagsfraktion möchte die Vorschläge von Bundesfinanzminister Hans Eichel zur Gemeindefinanzreform verändern. Auf unserer Klausurtagung am 3. September haben wir einstimmig beschlossen, eine Kommission einzusetzen, die die Vorschläge des Finanzministeriums weiter entwickeln soll. Außerdem werden wir die kommunalen Spitzenverbände – den Städtetag und den Städte und Gemeindebund – zu einem Gespräch mit der Fraktion einladen. Fraktionsvorsitzender Franz Müntefering hat darauf hingewiesen, dass Fraktion und Bundesregierung die Gemeinden schnell, deutlich und nachhaltig unterstützen wollen.

Nein! Nein! Nein! Nein!
Wir sind keine Nein-Sager!!



Karikatur: Klaus Stuttmann, Der Tagesspiegel

Kontakt:

Bundestagsbüro Berlin
Platz der Republik 1 (UdL 50)
11011 Berlin
Tel: 030 – 227 700 26
Fax: 030 – 227 76 008
Email: ulrich.kelber@bundestag.de
Internet: www.kelber.de

SPD-Bürgerbüro Bonn
Clemens-August-Str. 64
53115 Bonn
Tel: 0228 – 280 31 35
Fax: 0228 – 280 31 36
Email: ulrich.kelber@wk.bundestag.de